



HESSISCHER LANDTAG

30. 01. 2007

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend konkrete Fortschritte statt Ankündigungsrhetorik beim Weiterbau der A 44 erforderlich

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Weiterbau der A 44 von Kassel in Richtung Eisenach eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte des Landes ist und insbesondere für die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung Nordhessens von zentraler Bedeutung ist.
2. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung den Weiterbau der A 44 in den zurückliegenden Jahren nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt und durch gerichtlich bestätigte Verfahrensmängel einen entscheidenden Anteil an der bedauerlichen Verzögerung dieser Baumaßnahme hat. Dies stellt einen eklatanten Wortbruch gegenüber der ganzen Region dar.
3. Der Landtag weist den Versuch der Landesregierung zurück, das eigene Unvermögen im Planfeststellungsverfahren und die damit eingetretene Verschleppung des A44-Weiterbaus allein der kritischen Haltung des BUND zuzuschreiben.
4. Der Landtag stellt fest, dass für das einzige bislang gebaute Teilstück der A 44 die Planfeststellung noch unter einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung erzielt worden ist. Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Koch im Jahre 1999 ist es bisher nicht gelungen, auch für nur einen weiteren Autobahnkilometer der A 44 eine rechtskräftige Planfeststellung zu erwirken.
5. Der Landtag begrüßt die Beschlussfassung des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes, zuletzt durch den Bundesrat am 24. November 2006, und wertet die darin enthaltenen Vorschläge von Bundesverkehrsminister Tiefensee als ein wichtiges Signal zur Stärkung des Standortes Deutschland mit allen positiven Auswirkungen für Wachstum und Beschäftigung. Der Landtag regt zudem an, dass auch auf europäischer Ebene im Zuge einer Evaluation des Genehmigungs- und Planungsrechtes über notwendige Vereinfachungen ohne einseitige Belastung von öffentlicher Beteiligung und Umweltstandards beraten wird.

Wiesbaden, 30. Januar 2007

Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti